



**MINISTÈRE
DE L'ÉCONOMIE,
DES FINANCES
ET DE LA RELANCE**

*Liberté
Égalité
Fraternité*



Paris, am 17. Februar 2022

Pressemitteilung

Die erste informelle Konferenz der europäischen Ministerinnen und Minister für Sozialwirtschaft: ein entscheidender Schritt für einen im Wachstum begriffenen Sektor

23 europäische, für Sozialwirtschaft zuständige Ministerinnen und Minister trafen sich heute in Paris im Rahmen der ersten informellen Ministerkonferenz zu eben diesem Thema, die von der französischen EU-Ratspräsidentschaft organisiert wurde. Diese Konferenz soll von einem auf dem Kontinent geteilten Willen zeugen, die Sozialwirtschaft weiter auszubauen, um die Herausforderungen des Klimawandels zu bewältigen und Arbeitsplätze mit hohem sozialen Mehrwert zu schaffen.

Olivia Grégoire, Staatssekretärin für soziale, solidarische und verantwortungsvolle Wirtschaft beim Minister für Wirtschaft, Finanzen und Aufschwung brachte ihre europäischen Amtskolleginnen und -kollegen am 17. Februar 2022 in Paris zusammen. Sie hatte den Vorsitz der ersten informellen Konferenz der europäischen, für die Sozialwirtschaft zuständigen Ministerinnen und Minister inne, an der auch Nicolas Schmit, EU-Kommissar für Beschäftigung und soziale Rechte, teilnahm.

Europaweit entfallen auf die Sozialwirtschaft etwa 2,8 Millionen Körperschaften mit unterschiedlichen Rechtsformen (Genossenschaften, Gegenseitigkeitsgesellschaften, Vereine, Stiftungen, soziale Unternehmen), 13 Millionen Beschäftigte und in einigen Ländern wie Spanien, Italien und Frankreich mehr als 10 % des BIP. Diese Körperschaften vertreten das gemeinsame Prinzip, den Menschen und das soziale Ziel über den Profit zu stellen, und verfügen über eine demokratische Unternehmensführung.

Dieser Sektor besitzt großes Potenzial für die Schaffung von Arbeitsplätzen mit hohem sozialen Mehrwert, insbesondere durch die Beschäftigung von besonders schutzbedürftigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, und für einen Beitrag zur Bekämpfung des Klimawandels. Die Lokal- und Sozialwirtschaft wurde von der Europäischen Kommission als eines der 14 industriellen Ökosysteme des Binnenmarkts identifiziert. Eine von 14 Mitgliedstaaten gemeinsam unterzeichnete Erklärung, die als „Erklärung von Luxemburg für die Sozial- und Solidarwirtschaft“ bekannt ist, brachte bereits im Jahr 2015 die Notwendigkeit eines gemeinsamen Rahmens für die Sozialwirtschaft zum Ausdruck. In diesem Zusammenhang stellte der italienische Minister für Arbeit und Sozialpolitik, Andrea Orlando, die Prioritäten des italienischen Vorsitzes des Begleitausschusses für 2022 vor.

Die Europäische Kommission hat am 9. Dezember 2021 ihren ersten Aktionsplan für die Sozialwirtschaft vorgestellt. Dieser enthält Vorschläge, wie die Sozialwirtschaft in ganz Europa gefördert und ihr Potenzial für die Schaffung hochwertiger Arbeitsplätze und für den sozialen Zusammenhalt freigesetzt werden kann.

Auf der Ministerkonferenz begrüßten die europäischen Ministerinnen und Minister diesen Aktionsplan und unterstrichen seine Relevanz angesichts der vielfältigen wirtschaftlichen, klimapolitischen und sozialen Herausforderungen, denen sich Europa aktuell gegenüber sieht. Außerdem tauschten sie ihre Ansichten darüber aus, wie der Aktionsplan in ihren jeweiligen Ländern umgesetzt werden sollte.

Die Ministerinnen und Minister haben sich auf folgende Punkte geeinigt:

- **Wahrung der Vielfalt der nationalen Traditionen im Bereich der Sozialwirtschaft und Formulierung der ersten Grundlagen für eine gemeinsame Definition im Aktionsplan** unter Berücksichtigung dieser Vielfalt.
- **Wichtigkeit der Sensibilisierung für die Sozialwirtschaft in ihrem Land und Notwendigkeit spezifischer nationaler Rechtsrahmen zur Stärkung des Ökosystems der Sozialwirtschaft**, die die Umsetzung spezifischer öffentlicher Maßnahmen oder die Einführung von Gütezeichen oder Zertifizierungen ermöglichen. Auf europäischer Ebene äußerten sie ihren Wunsch nach einer Strategie zur Erzielung legislativer Fortschritte im Bereich der Sozialwirtschaft und zeigten sich gewillt, die Europäische Kommission bei der Bestandsaufnahme der bestehenden Gütezeichen oder Zertifizierungen zu unterstützen.
- **Notwendigkeit einer gesicherten Finanzierung der Sozialwirtschaft und einer besseren Aufklärung der Körperschaften in diesem Sektor über entsprechende Finanzierungsmöglichkeiten.** Die Ministerinnen und Minister begrüßen insbesondere den Vorschlag der Europäischen Kommission zur Einrichtung eines EU-Gateway für die Sozialwirtschaft, in dem alle öffentlichen Maßnahmen und Finanzierungen, die diesem Sektor gewidmet sind, gebündelt werden, sowie den Vorschlag, das Angebot an öffentlichen Finanzierungen zu erhöhen. Zudem verpflichteten sie sich, den Zugang zu spezifischen Finanzierungen auf nationaler Ebene zu fördern.

- **Projekt der Europäischen Kommission zur Bestandsaufnahme der verschiedenen nationalen Methoden zur Messung von sozialen Auswirkungen.** Die Ministerinnen und Minister sind bereit, zu kooperieren, sich über bewährte Verfahren auszutauschen und gemeinsame Überlegungen anzustellen, wie diese Messung am besten erfolgen kann, um „Social Washing“ zu vermeiden. Mehr Transparenz über die sozialen Auswirkungen von Unternehmen ist unerlässlich, um die auf die Sozialwirtschaft angewandten öffentlichen Maßnahmen zu legitimieren und innovative Partnerschaften mit lokalen Behörden und großen Unternehmen zu entwickeln, die dabei helfen, die sozialen und klimapolitischen Herausforderungen zu bewältigen.

Diese Konferenz der für die Sozialwirtschaft in den EU-Mitgliedstaaten zuständigen Ministerinnen und Minister bot Gelegenheit für einen erfolgreichen Austausch und eine kollektive Arbeit, die die Gespräche über eine zukünftige Empfehlung des Rates zur Entwicklung der Rahmenbedingungen für die Sozialwirtschaft im Jahr 2023 vorbereiten soll. In der Zwischenzeit ersuchten die Ministerinnen und Minister die Europäische Kommission, die Expertengruppe für Sozialwirtschaft (GECES) in die Umsetzung des Aktionsplans und die Folgemaßnahmen einzubeziehen. Die Ergebnisse dieser Konferenz werden auch dem Rat „Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz“ (EPSCO) am 14. März 2022 zur Kenntnisnahme vorgelegt.

Pressekontakt:

Staatssekretariat für soziale, solidarische und verantwortungsvolle Wirtschaft:
(0033) 01 53 18 45 54 - presse.essr@cabinets.finances.gouv.fr

Unterzeichnende:

- Herr Sven GIEGOLD, Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz, Deutschland
- Herr Wolfgang MÜCKSTEIN, Bundesminister für Soziales, Gesundheit, Pflege und

Konsumentenschutz, Österreich

- Frau Barbara TRACHTE, Staatssekretärin der Region Brüssel-Hauptstadt, zuständig für den wirtschaftlichen Übergang und die wissenschaftliche Forschung, Belgien
- Herr Ivan KRASTEV, stellvertretender Minister für Arbeit und Sozialpolitik, Bulgarien
- Frau Natasa PILIDES, Ministerin für Energie, Handel und Industrie, Zypern
- Herr Dragan JELIC, Staatssekretär beim Minister für Arbeit, Gesundheit, Familie und Sozialpolitik, Kroatien
- Herr Joaquín Pérez REY, Staatssekretär für Beschäftigung und Sozialpolitik, Spanien
- Herr Raivo KÜÜT, Unterstaatssekretär für demografische Fakten und Zivilgesellschaft, Estland
- Frau Tuula HAATAINEN, Ministerin für Arbeit, Finnland
- Frau Olivia GRÉGOIRE, Staatssekretärin für soziale, solidarische und verantwortungsvolle Wirtschaft, Frankreich
- Frau Viktória ZÖLD-NAGY, stellvertretende Staatssekretärin, Ungarn
- Frau Heather HUMPHREYS, Ministerin für soziale Absicherung, Gemeinde- und ländliche Entwicklung, Irland
- Frau Laura CASTELLI, stellvertretende Ministerin für Wirtschaft und Finanzen, Italien
- Herr Andrea ORLANDO, Minister für Arbeit und Sozialpolitik, Vorsitzender des Begleitausschusses der Erklärung von Luxemburg, Italien
- Herr Gatis EGLITIS, Minister für Soziales, Lettland
- Frau Justina JAKŠTIENĖ, stellvertretende Ministerin für Soziales und Arbeit, Litauen
- Herr Stanisław SZWED, stellvertretender Minister im Ministerium für Familie und Sozialpolitik, Polen
- Herr Gabriel GAMEIRO RODRIGUES BASTOS, Staatssekretär für soziale Sicherheit, Portugal
- Herr Marian JUREČKA, stellvertretender Ministerpräsident und Minister für Arbeit und Soziales, Tschechische Republik
- Herr Marius-Constantin BUDĂI, Minister für Arbeit und soziale Solidarität, Rumänien
- Boris AZALTOVIC, Staatssekretär beim Minister für Arbeit, soziale Angelegenheiten und Familie, Slowakei
- Frau Polona RIFELJ, Staatssekretärin beim Premierminister, Slowenien